

Heinz Theisen

Die Ausdifferenzierung der Europäischen Union

Europas Rollen in einer neuen Weltordnung

Viele Europäer fühlen sich heute durch die EU eher gefährdet als geschützt. Dafür gibt es einige Gründe, die in offenen Diskursen jenseits des überkommenen Links-Rechts-Schemas diskutiert werden müssten. Ihr gemeinsamer Nenner ist der Konflikt zwischen weltoffenen Globalisten und den neuen Partikularisten, die sich von enger gezogenen Räumen mehr Schutz erhoffen. Der Konflikt zwischen EU-Befürwortern und EU-Gegnern spitzt sich im „mehr oder weniger Europa“ zu.

Wettbewerb erzeugt immer auch Verlierer. Der europäische Wettbewerb im Binnenmarkt konnte durch innereuropäische Transferleistungen sozial ausgeglichen werden. Seitdem der Euro den schwächeren Wirtschaftskulturen Südeuropas den klassischen Weg zur Wiedererlangung von Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung ihrer Währung versperrt, spaltet sich die Wohlstandsentwicklung zwischen Nord- und Südeuropa. In Südeuropa sind heute bis zu einem Drittel der Jugendlichen arbeitslos.¹

Die innereuropäische Personenfreizügigkeit hatte gerade mit ihrer besonders freizügigen Praxis unter Tony Blair in Großbritannien die Saat für den Brexit gelegt. Umgekehrt wurden die Länder Mitteleuropas ihrer gut ausgebildeten Jugend beraubt. Es gab keine hinreichenden Abstufungen, Fristen und Kontingente. Mit den Migrationsströmen aus Afrika und dem Nahen Osten scheint die Überforderung durch offene Grenzen bei den sozial Schwachen einen kritischen Punkt erreicht zu haben.

Die demografische Überalterung Europas kontrastiert mit der Bevölkerungsexplosion in Afrika. Mit den faktisch weitgehend ungeschützten Grenzen Europas wurden unterschiedslos flüchtenden Opfern und islamistischen Tätern Wege nach Europa geebnet. Die Interventionen auch von europäischen Mächten im Nahen Osten und in Libyen haben zur

dortigen Destabilisierung beigetragen. Sie fallen heute mit Flucht, Terror und Islamismus auf Europa zurück.

Aber auch gegenüber anderen Mächten erweist sich eine zu weitgehende Entgrenzung und Überdehnung Europas als problematisch. Mit dem Vordringen von EU und Nato in die russische Einflussosphäre – bis zur Ukraine und Georgien – erwuchs uns mit dem vormaligen Nato-Sicherheitspartner Russland ein neuer Gegner.

Chinas durch den Westen massiv geförderter wirtschaftlicher Erfolg erweist sich heute als politische Herausforderung für den Westen. Der chinesische Staatskapitalismus konnte sich ungehindert die Rosinen aus der Globalisierung herauspicken und relativiert bereits mit seiner erklärten antiliberalen Politik die universelle Gültigkeit von Sozialer Marktwirtschaft und liberaler Demokratie. Statt unterschiedslos von Freihandel und Globalisierung zu schwärmen, wären asymmetrische Handelsbeziehungen etwa zu China und Afrika angemessener gewesen.

Die größte Bedrohung liegt aber in der Selbstgefälligkeit derjenigen, die diese Bedrohungen nicht wahrhaben wollen. Für sie scheint die einzige Gefahr in der Angst vor den Folgen ihrer Politik und der daraus erfolgenden Gegnerschaft zur EU zu liegen, im „Rechtspopulismus und Nationalismus“. Doch bei diesen Kräften handelt es sich um Symptome und nicht um Ursachen. So gewiss diese Symptome nur eine Problemanzeige und keine Lösung sind, so gewiss ist auch die Verdrängung der Problemursachen kein Beitrag zur Problembewältigung.

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron scheint zu den wenigen Politikern Europas zu gehören, der sich jenseits dieser ideologischen Fronten über die Zukunft Europas Gedanken macht. Nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sei Europa so sehr in Gefahr gewesen.² Er fordert daher eine Fülle von neuen Projekten, die auf die Stärkung der Selbstbehauptungsfähigkeit Europas hinausliefen.

Ziele der europäischen Politik müssten eine Erhöhung der Militärausgaben und ein Europäischer Sicherheitsrat unter Einbeziehung Großbritanniens sein. Er fordert eine europäische Grenzpolizei und Asylbehörde und eine engere Zusammenarbeit mit Afrika. Das Prinzip der europäischen Bevorzugung solle schon bei der Auftragsvergabe gestärkt werden, damit die Normen bei Steuergerechtigkeit sowie beim Umwelt- und Datenschutz nicht umgangen werden können. Überall in der Union sollte ein Minimallohn gelten, der je nach Land verschieden hoch sein könne. Damit könne das derzeitige Sozialdumping über